

.DSW e.V. | Postfach 35 01 63 | D-40443 Düsseldorf

An den  
Bundesminister der Finanzen  
Herrn Olaf Scholz  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin

Düsseldorf, den 07. Juli 2019



Sehr geehrter Herr Bundesminister,

in den letzten Wochen wurde sehr intensiv und kontrovers über die Meldung diskutiert, dass Sie sich mit anderen Euro-Staaten auf eine Lösung bei der von Ihnen präferierten Finanztransaktionssteuer verständigt haben.

Ausdrücklich möchten wir unterstreichen, dass die DSW der ursprünglichen Intention als Reaktion auf die Finanzkrise, über eine solche Steuer hochspekulative Finanzgeschäfte sowohl ordnungspolitisch als auch finanzpolitisch zu adressieren und einzudämmen, positiv gegenübersteht.

Umso mehr enttäuscht es, dass die nunmehr vorgeschlagene Steuer nicht auf kurzfristig orientierte Spekulationsgeschäfte, die in der Regel auf dem Einsatz derivativer Finanzinstrumente basieren, abzielt, sondern ausschließlich Aktionäre und damit Anleger, die der Industrie wichtiges Eigenkapital zur Verfügung stellen, erfasst werden sollen. Inwiefern dies mit der ursprünglichen Idee, der Eindämmung der Spekulation, in Einklang zu bringen ist, ist für uns nicht nachvollziehbar. Auch konterkarieren Sie die aktuelle Umsetzung der auch von der SPD ausdrücklich befürworteten Kapitalmarktunion, wenn nun einzelne Staaten eine derartige Steuer isoliert einführen.

Die bisherigen Erfahrungen mit der Finanztransaktionssteuer in Frankreich haben deutlich gemacht, dass der Verwaltungsaufwand hoch, der Nutzen gering und der Schaden für die Volkswirtschaft groß ist, da die Steuer zu einem merklichen Rückgang der Handelsumsätze geführt hat.

Zugleich senden Sie damit ein fatales Signal. Denn erneut werden die eigenverantwortliche Altersvorsorge und das langfristige Sparen in Wertpapieren sanktioniert und belastet. Das ist gerade in Deutschland hochproblematisch. Leiden die Sparerinnen und Sparer doch hierzulande besonders unter der aktuellen Niedrigzinsphase, weil es eben keine ausgeprägte Aktienkultur gibt.

**Postanschrift:**  
Postfach 35 01 63  
40443 Düsseldorf

**Besucheranschrift:**  
Peter-Müller-Straße 14  
40468 Düsseldorf  
Telefon 02 11 / 66 97-02  
Telefax 02 11 / 66 97-60  
Internet  
[www.dsw-info.de](http://www.dsw-info.de)  
e-Mail  
[dsw@dsw-info.de](mailto:dsw@dsw-info.de)

Präsident:  
Ulrich Hocker  
Vizepräsidenten:  
Daniela Bergdolt  
Klaus Nieding  
Geschäftsführung:  
Marc Tüngler  
Jella S. Benner-Heinacher  
Thomas Hechtfisher

Bankverbindung:  
Postbank Essen  
BLZ 360 100 43  
Konto 689 94 430

Dachverband der  
deutschen Investmentclubs

Mitglied der  
europäischen Vereinigung  
EUROSHAREHOLDERS  
Brüssel



Eine Transaktionssteuer wäre überhaupt nur dann sinnvoll, wenn sie sich in ein neues, ausgewogenes System einbettet, das ein langfristiges und der Volkswirtschaft dienendes Zurverfügungstellen von Kapital fördert, indem die langfristige Anlage und Investition entlastet wird.

So ist auch die Frage zu stellen, warum der Verkauf von Immobilien nach zehn Jahren oder von Gold nach bereits einem Jahr steuerfrei möglich ist, bei Aktien als klassischem Sachwert aber nicht.

Unabdingbar ist unserer Ansicht nach auch die deutliche Erhöhung des Sparfreibetrages, um so auch einkommensschwächeren Bürgern und Familien zu ermöglichen, sich angemessen und eigenverantwortlich um ihre Altersvorsorge zu kümmern.

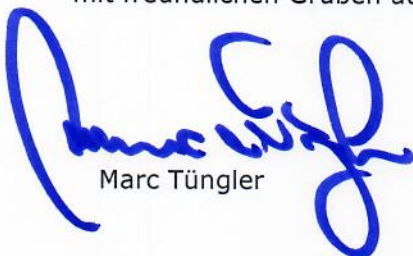
Mit der geplanten Transaktionssteuer treffen Sie aber nun Millionen von Bürgerinnen und Bürgern, die sich über Sparpläne oder den Kauf von Fonds bzw. Aktien privat für ihre Altersvorsorge engagieren. Daher möchten wir an Sie appellieren, auf die Transaktionssteuer in der aktuell diskutierten Form vollends zu verzichten.

Die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V. (DSW) kümmert sich um die eigenverantwortlich und selbstbestimmt agierenden Bürger und Privatanleger, die unternehmerisch und bewusst langfristig denken. Dabei handelt es sich nicht um einzelne vermögende Anleger oder Familien, sondern um eine breite Bevölkerungsgruppe, insbesondere auch um Mitarbeiteraktioniäre – zusammen sind dies über zehn Millionen Bundesbürger.

Vor diesem Hintergrund möchten wir Sie, sehr geehrter Herr Scholz, bitten, Ihre Pläne dringend zu überdenken und zu prüfen, ob Sie mit Ihrer geplanten Finanztransaktionssteuer die ordnungspolitisch ursprünglich gewünschten Effekte wirklich erreichen.

Sehr gerne stellen wir Ihnen unsere Ideen und Vorstellungen einer nachhaltigen sowie ausgewogenen Besteuerung von Kapitalerträgen vor und freuen uns auf einen weiteren Austausch.

Wir verbleiben  
mit freundlichen Grüßen aus Düsseldorf



Marc Tüngler



Jella Benner-Heinacher